

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die
 Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung des Verbands- und Vereins-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
 (Einzel-Direktor).
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsamt, 45 Pf., Familienamt, 15 Pf.
 Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Gesselswalderstraße 221/223.
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 7.

Berlin, Sonnabend, 25. Januar 1908.

Vierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen, Auskunftsbureaus. — Ein bedenklicher Irrtum. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte. — Gewerkevereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen, Auskunftsbureaus.

IV (Schluß).

Da die Errichtung von Arbeitersekretariaten mit erheblichen Kosten verknüpft ist, kann keine Rede davon sein, daß solche in allen Orten errichtet werden. Auch das Bezirkssekretariatswesen kann man, ganz abgesehen von einer gewissen Schwerfälligkeit in der Auskunftserteilung, die durch die größeren Entfernungen entsteht, nicht für alle Orte durchführen. Wir bedürfen also gewisser Ersatzmittel für diejenigen Bezirke, in denen wir volle Arbeitersekretariate noch nicht errichtet haben oder nicht errichten können. Diese Ersatzmittel bezeichnen wir als Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus. Beide sind in unserem Sinne zwei verschiedene Dinge. Als Arbeitersekretariate gelten Materieauskunftsstellen mit einem eigens angestellten Beamten und mit täglichen Sprechstunden während des ganzen Tages. Rechtsauskunftsstellen sind nebenamtlich besetzte Auskunftsstellen, die aber auch in der Regel täglich feste bestimmte Sprechstunden bei Tageszeit abhalten; meist werden sie von Agitationsbeamten der einzelnen Gewerkevereine besetzt. Auskunftsbureaus sind Auskunftsstellen, die von einem noch im Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen nach der Arbeitszeit versehen werden.

Rechtsauskunftsstellen können nur da errichtet werden, wo Beamte einzelner Gewerkevereine oder auch Genossenschaftsbeamte usw., die uns nahe stehen, vorhanden sind, und die sich bereit erklären, nebenamtlich Rechtsauskünfte zu erteilen und dazu bestimmte Sprechstunden während der Tageszeit abzuhalten. Wo man solche Personen hat, ist es Aufgabe des Ortsverbandes, sie zu dieser Tätigkeit heranzuziehen und zwar für alle Gewerkevereine gemeinsam. In allen anderen Fällen sollten die Ortsverbände der Errichtung eines Auskunftsbureaus näher treten. Es dürfte in jedem Ortsverband ein Kollege zu finden sein, der die genügende Fähigkeit hat, einfache Rechtsauskünfte zu erteilen. Dieser hätte dann ein- oder zweimal wöchentlich und an Sonntagsvormittagen je ein bis zwei Stunden an einer bestimmten Stelle anwesend zu sein, wo er Auskunftsbegehrende abfertigt. Das kann je nachdem in einer Gastwirtschaft in einem besonderen Zimmer geschehen oder in der Wohnung eines Kollegen. Wichtig ist nur, daß feste Stunden angegeben werden, in denen dann auf alle Fälle jemand an Ort und Stelle sein muß. Auf Anfragen haben uns einzelne Auskunftsbureaus erklärt: Wir haben keine festen Sprechstunden und erledigen, was kommt. Das ist falsch, ein solches Institut kann nie seinen Zweck erfüllen, weil zu keiner Zeit ein Kollege weiß, ob er den Auskunftgebenden trifft.

Einem Kollegen, dem man eine solche Aufgabe übergibt, legt man damit viele Pflichten auf. In seiner freien Zeit, wenn andere ihre Beine unter Winters Tisch stecken, muß er seinen Arbeiten nachgehen, jahraus und jahrein. Es ist deshalb nicht mehr als billig, wenn man einem solchen Kollegen aus der Ortsverbandskasse oder sonst eine kleine Entschädigung zahlt. Das empfiehlt sich auch aus rein praktischen Gründen! Denn muß der Kollege das alles kostenlos machen und er verläßt dann einmal eine Sprechstunde, dann muß man sich gefallen lassen, daß er sagt: Ich hatte Bistigleres zu tun. Erhält er aber eine Entschädigung für seine Arbeiten, dann kann man von ihm verlangen, daß er stets zur Stelle ist.

Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus haben dieselben Aufgaben wie Arbeitersekretariate. Wir brauchen also darüber nicht weiter zu reden. Daß sie diese Geblete nur sehr viel unvollkommener bearbeiten können, liegt in der Natur der Sache. Und deshalb sind eben Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus nur Notbehelfe, die man möglichst bald in Arbeitersekretariate umwandeln soll.

Eine Frage, die noch kurz zu erörtern ist, lautet: Soll die Leitung der Arbeitersekretariate, d. h. ihre Beaufsichtigung, dem Ortsverband unterstehen, oder soll damit eine besondere Kommission beauftragt werden? Dester hat man den letzten Weg beschritten. Wir halten dafür, man soll auch diese Aufgabe dem Ortsverbandsauschuß zuweisen. Es empfiehlt sich nicht, noch immer neue Kommissionen zu bilden. Dadurch werden nur unnötig die Kräfte zerplittert. Wähle man in den Ortsverbandsauschuß und Vorstand die tüchtigsten, arbeitsfähigsten Leute, und die vielen Unterkommissionen brauchen wir dann nicht mehr.

Vielleicht empfiehlt es sich, zum Schluß noch einige praktische Winke zu geben über die Bücher und Schriften, deren ein Arbeitersekretariat bedarf. Wir möchten folgende Viste zur Anschaffung empfehlen:

- * Bürgerliches Gesetzbuch für das Deutsche Reich 6,50 Mk.
- Zivilprozessordnung 5,-
- Verfassung des Deutschen Reiches 2,40
- Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich 1,20
- Handelsgesetzbuch 2,80
- Gewerbeordnung 8,-
- Gesetz betr. den Unterstufungswohnort 2,70
- Strafprozessordnung 2,-
- * Krankenversicherungsgesetz 3,50
- Gewerbenfallversicherungs-gesetz 2,50
- Bauunfallversicherungsgesetz 2,-
- Unfallversicherungsgesetz f. Land- u. Forstwirtschaft 4,50
- Invalidenversicherungsgesetz 2,50
- Genossenschaftsgesetz 1,50
- Gewerbevertragsgesetz 2,-
- Verbands- und Versammlungsrecht 2,25
- Gesetz betr. die Abahlungs-geschäfte 1,20
- Vormundschaftsrecht und Fürsorgeerziehung 8,-
- Preßgesetz 1,50
- * Gesetz betr. die Lohnbeschlagnahme 2,-
- Das Recht der unerhlichen Kinder 1,80
- Gesetz betr. Kinderarbeit in Gewerbebetrieben 1,60
- Hauptpflichtgesetz 2,-
- Kaufmannsgerichtsgesetz 2,-
- * Einkommensteuergesetz (Preußen) 2,50
- Berggesetz (nur wo Bergbau ist, Preußen) 8,-
- Preussische Gesindeordnung, 2 Bände (Preußen) 5,-
- Städteordnung resp. Rangemeinordnung der Provinz oder des Staates, in denen sich das Sekretariat befindet ?

Diese sämtlichen Schriften sind zu den angegebenen Preisen im Verlage von Gutentag-Berlin erschienen, und es empfiehlt sich, sie ausschließlich durch das Verbandsbureau zu beziehen. Natürlich gibt es auch sonst noch gute Ausgaben der Gesetze, aber nicht gerade sehr viele, und da nicht jeder darüber ein selbständiges Urteil hat, halte man sich an den angegebenen Verlag. Auf alle Fälle sollte man nicht große Ausgaben sämtlicher Gesetze kaufen, wie sie zu 20 Mk. und oft noch höher angeboten werden. Einmal veralten oft erhebliche Teile dieser Ausgaben, dann fehlen die Kommentare dabei und man hat so keinen Wegweiser. Ferner sollte man sich noch ein Formularbuch beschaffen, das man in jeder besseren Buchhandlung zu 1 Mk. kaufen kann.

Die sämtlichen aufgeführten Gesetze kosten rund 73 Mk. Wo man soviel nicht gleich aufwenden kann, muß man sich bescheiden und nach der Decke strecken, um später nachzukaufen. Die mit * versehenen Gesetze wird man aber unter allen Umständen haben müssen, da die Auskünfte sich fast alle auf diesen Gebieten bewegen. Wichtig ist die Rechtsauskunftsstellen und Arbeitersekretariate, die sich nur auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung betätigen sollen und können, bedürfen nur der entsprechenden Gesetze.

Der Arbeitersekretär muß aber auch laufend Fühlung halten mit dem, was auf dem Gebiete der

Arbeiterversicherung vorgeht, mit anderen Worten: er muß die periodischen Druckschriften lesen. Wir nennen als solche:

- * Mithliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes, Berlin. Jährlich 12 Hefte. Preis 8 Mk.
- Die Arbeiterversorgung. Zentralorgan für Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Berlin. Jährlich 26 Hefte. Preis 14 Mk.
- Reformblatt für Arbeiterversicherung. Frankfurt a. M. Jährlich 24 Hefte. Preis 7 Mk.
- Monatsblätter für Arbeiterversicherung. Berlin. Jährlich 12 Hefte. Preis 1 Mk.
- Deutsche Krankenversicherung. Berlin. Dreimal monatlich. Preis 1 Mk. pro Vierteljahr.

Was man regelmäßig liest, richtet sich auch hier nach den finanziellen Mitteln.

Wir haben die Absicht, von jetzt ab jährlich eine Zusammenstellung über unsere Arbeitersekretariate usw. zu machen, damit die Öffentlichkeit sieht, was auch wir auf diesem Gebiete leisten. Den jetzt schon bestehenden Einrichtungen sind dafür bereits Fragebogen zugegangen. Die Statistik kann aber nicht angefertigt werden, wenn nicht jeder Vorgang auf den Sekretariaten systematisch registriert wird. Wir liefern deshalb schon im Juli Eintragblätter her, die zu billigem Preise vom Verbandsbureau gegen Vor-einsendung des Betrages zu beziehen sind. Es ist dringend erforderlich, daß jedes Sekretariat, auch das kleinste, sie benutzt. Nur dann wird es möglich sein, allmählich daraus eine gute Statistik zusammenzustellen.

Wir hoffen, daß diese Darlegung die Ortsverbände anpornt, der ganzen Frage näher zu treten. Die neuen Ortsverbandsauschüsse haben hier Gelegenheit, zu zeigen, was sie können und wollen. Guter Wille und Laikart werden uns an sehr vielen Orten um tüchtige Schritte auf den bezeichneten Wegen weiterbringen.

Ich will! Das Wort ist mächtig,
 Sprichst einer stark und still,
 Die Sterne reißt vom Himmel
 Das eine Wort: Ich will!

Ein bedenklicher Irrtum.

Ueber die „Gemeinsame Ortskrankenkasse zu Chemnitz“ sind im verfloffenen Jahre verschiedentlich Tatsachen in die Öffentlichkeit gedrungen, die für die leitenden Personen alles Mögliche enthalten, nur nicht die Bestätigung, daß sie den Anforderungen, die an sie gestellt werden müssen, entsprechen.

Das Zeugnis über seine Unfähigkeit, die Kasse in dem Sinne zu verwalten, wie es das Gesetz vorschreibt und wie es im Interesse der vielen Tausende von Arbeitern liegt, hat der Vorstand selbst unterschrieben in einer Bekanntmachung vom 17. Dezember vorigen Jahres. In dieser Bekanntmachung heißt es: „Seltenes der mit der Beitragsentziehung betrauten Stelle hat die Bestimmung im § 10 Absatz 4 des Rassenstatuts vom 29. April 1893 und 25. September 1903 insofern eine irrthümliche Auffassung erfaßt, als die eine Klassenversicherung bedingenden höheren oder niedrigeren Beiträge bereits vom Tage des Eintritts der Veränderung ab, anstatt vier Wochen nach deren Eintritt erhoben worden sind, weshalb der Vorstand der Kasse Veranlassung nimmt, die Herren Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß die vierwöchige Klassen-Beitrags-Differenz von dem Zeitpunkt der Aufnahme dieser Bestimmung in das am 1. April 1893 in Kraft getretene frühere Rassenstatut ab nach Durchsichtigung der Belegregister und Auffstellung der rechnerischen Abschlässe der einzelnen Jahrgänge zur Rückzahlung oder gutschristlich kommen, eventuell aber auch gemäß § 9 des jetzigen Rassenstatuts auf rückständige Beiträge aufgerechnet werden wird.“

Die Nachberichtigung der vierwöchigen Beitrags-Differenz nach den niedrigeren Beitragsklassen erfolgt mit Rücksicht auf die eingetretene Verjährung in Gemäßheit § 55 des R.-Vers.-Ges. vom 1. Januar 1906 ab.
 Durch diese „irrtümliche Auffassung“ sollen der Kasse ungefähr 60 000 Mark zu Unrecht zugeführt

worden sein, welche jetzt so gut es eben geht, zur Rückzahlung gelangen sollen.

Jeder, der nur halbwegs mit dem Versicherungs- und Rentenwesen vertraut ist, wird da die Hände über'm Kopf zusammen schlagen und ausrufen: "Wie ist nur so etwas möglich!"

Ja, wenn dem Vorstande noch Leute angehörten, die im gewöhnlichen Leben oder durch ihre politische Tätigkeit berufen wären, daß sie für die Interessen der Arbeiter kein Verständnis besitzen. So ist es aber gerade umgekehrt. Der Vorstand rekrutiert sich samt und sonders aus Leuten der Partei, die die Arbeiter zur "Sonnenhöhe der Kultur" führen will, aus "zielbewußten" Sozialdemokraten, und nicht einmal solchen letzten Güte, sondern, wie man zu sagen pflegt, Obergewissen und Häuptlingen.

Daß die sozialdemokratischen Arbeiter für die Führung zur Sonnenhöhe der Kultur die nötigen Begehrer zählen und nicht zu knapp, das kann uns zu schließlich schimpfen sein; das aber anders denkenden "irrtümlicherweife" zuviel Beiträge abgeben und daß sie dadurch indirekt zur Schaffung des neuen Orientierungspunktes der sogenannten Arbeiterführer beitragen, das kann man ihnen nicht zumuten. Deshalb ist es aus begreiflich und berechtigt, daß die Chemnitzer nichtsozialdemokratischen Arbeiter den lebhaften Wunsch hegen, an der allgemeinen Ortskrankenkasse eine Massenverwaltung zu erhalten, die ohne "irrtümliche Auffassung" streng nach den klaren Bestimmungen des Statuts handelt. Der "Vereinigte Wahlschuß für nationale Vertreterwahlen" hat deshalb auch bei der Ausschichtbehörde einen Antrag auf Absetzung des Gesamtvorstandes, sowie auf Amtsenthebung des Kassierers gestellt. Das ist sehr vernünftig. Öffentlich hilft.

Die Vorgänge in Chemnitz beweisen aber wiederum, wie verkehrt es ist, wenn Leute nur ihrer Parteigehörigkeit wegen zu Ämtern gewählt werden, ohne danach zu fragen, ob sie auch imstande sind, dieselben auszuführen. Deshalb muß die Arbeiterschaft allerwärts auf dem Posten sein bei Wahlen jeder Art, um solche "Fritziern" verfallende Orben nicht zur Herrschaft gelangen zu lassen. Bgm.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 24. Januar 1908.

Die gestrige Sitzung des Zentralrats wurde eingeleitet mit einem ehrenden Nachruf für die verstorbenen Kollegen Bernhard Hammacher vom Gewerbeverein der Bergarbeiter und Sidor Lamia vom Berliner Bierbrauergesellenverein. Darauf erstattete der Verbandsreferent Kollege Scholz den Kassensbericht über das letzte Quartal 1907, an den sich sofort der Bericht über das ganze Jahr anschloß. Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete die Renwahl des Vorstandes des Zentralrats. Wiederrum wurde Kollege Gustav Hartmann (Maschinenbauer) zum Vorsitzenden, Kollege Dietrich (Tischler) zu seinem Stellvertreter und Kollege Frantz zum Protokollführer gewählt. Sämtliche Wahlen erfolgten einstimmig. Den Rest der Sitzung füllte ein Bericht des Verbandsvorsitzenden Kollegen Goldschmidt über die gegenwärtige Lage der Organisation und die Tätigkeit des geschäftsführenden Ausschusses seit der letzten Zentralratssitzung, woran sich eine gründliche und frohe Zusammenkunft an den Tag legende Debatte knüpfte.

Wahlentscheidung und Arbeiterbewegung. Noch einmal machen wir auf diese neueste Erscheinung in der Gewerkevereinsliteratur aufmerksam. Trotz der vorhergehenden Auflage ist die Schrift so gut wie vergriffen. Nur noch wenig über 1000 Exemplare sind noch vorhanden. Diejenigen Ortsvereine und Ortsverbände, welche noch Bestellungen zu machen beabsichtigen, müssen sich beeilen, wenn sie nicht leer ausgehen wollen. Ueber den Wert der Schrift kann man kein Wort der Empfehlung mehr zu sagen. Die wertvolle Abgab sowohl, als auch die zahlreichen anerkennenden Schreiben sind ein Beweis dafür, ein wertvolles Agitationsmaterial den Mitglieedern dieser Prosjektur geliefert worden ist. Bestellungen sind zu richten an unseren Verbandsleiter Max Hill, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221.

Stimmen gegen die geplante Tabakarbeitervereinbarung. Wie jede Mehrzahlentscheidung, so auch die der Gewerkevereinbarung über die Tabakarbeiter, ist durch die Stimmen der Tabakarbeiter in der Reichsregierung bestätigt. Der Verbandsreferent hat dies mit Begründung, daß durch die Steuerpläne der Reichsregierung die Tabakarbeiter noch mehr belastet werden, und daß die Tabakarbeiter durch die Steuerpläne der Reichsregierung alle Beteiligten der Tabakindustrie auf, mit allen Kräften

den Kampf gegen jede Mehrbelastung des Tabaks aufzunehmen und zu führen. Der Generalrat beschließt ferner an alle Deutschen Gewerkevereine aller Berufe heranzutreten und die Unterstützung des Zentralrats in diesem gerechten Kampf nachzusuchen. Es wird beschlossen, daß an jedem Orte, wo Gewerkevereine sind, öffentliche Protestversammlungen abgehalten werden. (Protokollmaterial wird zur Verfügung gestellt.)

Da die Tabakarbeiter in der Tat schon zu den am schlechtesten entlohnten Industriearbeitern in Deutschland gehören, und zwar in der Hauptsache mit deshalb, weil der Tabak bei den Steuerplänen stets als geeignetes Objekt herangezogen worden ist, möchten wir wünschen, daß die Protestbewegung eine recht lebhafte und vor allen Dingen wirksame ist.

Eine Petition zur Novelle der Reichsgewerbeordnung, die demnächst den Reichstag beschäftigen dürfte, hat der Ständige Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinneninteressen, dem seitens des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine der Verbandsreferent Kollege Lewin angehört, in diesen Tagen an den Reichstag abgeleitet. Die Eingabe bezieht sich lediglich auf die §§ 137-139a der Reichsgewerbeordnung, die sich mit der Regelung der Frauenarbeit beschäftigen. Die wichtigsten Änderungen, die beantragt werden, sind folgende:

Die gegenwärtigen Bestimmungen sollen nicht erst im Jahre 1910, sondern schon 1909 in Kraft treten. An Sonnabenden und Abenden der Feiertage soll die Arbeit der Frauen nicht, wie § 137 der Novelle plant, erst um 1/2 Uhr, sondern bereits um 4 Uhr beendet sein. Außerdem soll ein Abtag hinzugefügt werden, daß von 2 zu 2 Jahren eine weitere Verabsetzung der Arbeitszeit um eine 1/2 Std. an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage eintritt bis zur Erreichung des freien Sonnabend-Nachmittags. Ferner soll die Arbeitszeit an diesen Tagen auf keinen Fall länger als 9 Stunden dauern dürfen. Des weiteren wird eine Abänderung des § 137 Absatz 5 verlangt. Während nach der jetzigen Fassung Wöchnerinnen während 4 Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden 2 Wochen nur bei Beibringung eines ärztlichen Attestes beschäftigt werden dürfen, soll dieser Absatz jetzt folgende Fassung erhalten: "Arbeiterinnen dürfen während 2 Wochen vor und Wöchnerinnen während 8 Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden". Der § 138a, der die Leberzeitarbeit auf Grund "angewöhnlicher Fassung der Arbeit" regelt, soll gestrichen werden, um die Leberzeitarbeit überhaupt abzuschaffen. Die geplante Vermehrung der gültigen Ausnahmerebestimmungen von 40 auf 60 Tage wünscht die Petition ebenfalls wieder beseitigt. Auch zum § 139 Absatz 3, der die Möglichkeit einer 60tägigen Maximalarbeitswoche in Aussicht nimmt, wird Stellung genommen und er sucht, denselben zu streichen. In dem Falle, wo der § 139a ein Ueberstreiten der täglichen Maximalarbeitszeit gestattet, soll dieselbe nicht höchstens 18, sondern nur 12 Stunden und an Sonnabenden 10 Stunden nicht überschreiten dürfen.

Wenn der Reichstag diese Forderungen anerkennt, so würde damit die Novelle zur Gewerbeordnung zweifellos eine wesentliche Verbesserung erfahren. Die Regelung der Frauenarbeit ist von einschneidender Bedeutung für das gesamte Wirtschafts- und Volksleben. Es darf daher wohl erwartet werden, daß die in der erwähnten Eingabe zum Ausdruck gebrachten Wünsche, die sich auch in der Praxis sehr wohl durchführen ließen, die ihnen gebührende Beachtung finden.

Arbeiterbewegung. Die Mißstimmung unter den Bergleuten des Ruhrreviers, die herabgerufen ist durch die Einführung des Zwangsstatuts, hat noch eine weitere Verstärkung erfahren durch die Antwort, die der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg im Reichstage auf die Interpellationen in der vergangenen Woche erteilt hat. Diese Mißstimmung verschärfte sich Ausdruck in zahlreichen Versammlungen, die am vorigen Sonntag stattgefunden haben. Wenn dieselben auch einen ruhigen Verlauf nahmen, so machte sich doch überall eine starke Erbitterung geltend, und die mehrfach geäußerte Meinung, daß, wenn das Zwangsstatut nicht beseitigt würde, man eventuell in den Streik eintreten müßte, fand lebhaften Widerhall bei den Versammelten. In Anbetracht dieser Zustände wäre es wirklich dringend zu wünschen, daß die Grubenbesitzer zur Einsicht kommen und den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen. — Auch im Baugewerbe ist die Lage recht kritisch geworden. Der Arbeitgeberverband in Guben hat am 20. d. Mts. einen Teil der Maurer und Zimmerer ausgeperrt, da diese nicht ohne weiteres den von der Arbeitgeberorganisation ausgearbeiteten Lohnstarif unterzeichnen wollten, vielmehr selbst einen Tarif einreichten, der eine geringe Lohnerhöhung vorsieht. Die weiteren Folgen der Bewegung in Guben lassen sich zurzeit noch nicht übersehen. — In Landsberg bei Halle a. S. haben mehrere Arbeitgeber des Bau-

gewerbes den Tarifvertrag gekündigt und einen neuen vorgelegt, der eine wesentliche Verschlechterung der Lohnverhältnisse vorsieht. — In Bamberg wollen die Schneider in eine Tarifbewegung eintreten. Sie haben bereits in einer Versammlung Forderungen aufgestellt, die sie im Frühjahr dieses Jahres durchzuführen beabsichtigen.

Aus dem Arnypfischen Mauerbetriebe. Im Sommer vorigen Jahres brachte der "Allgemeine Beobachter" in Essen mehrere Artikel unseres Verbandskollegen Jakobs, in denen sowohl der Betriebsleitung von Krupp, als auch einigen Vorgesetzten der Arbeiter schwere Vorwürfe gemacht wurden. Mißhandlungen von Arbeitern und ungerechtfertigte Entlassungen waren es namentlich, die in den fraglichen Artikeln kritisiert wurden. Anstatt den Uebelständen abzuhelfen, wurde gegen Kollegen Jakobs Klage erhoben. Die Verhandlung fand am 3. Januar d. J. statt und endigte mit der Freisprechung des Angeklagten, da er den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen antreten konnte und ihm außerdem der § 193 des Strafgesetzbuches (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugute kam. Mit Recht fragt nun Jakob weiter im "Allgemeinen Beobachter":

1. Wird die Firma bereit sein, die zu unrecht entlassenen Arbeiter wieder einzustellen?
 2. Wenn nicht, dann möge sie erklären, ob die Gelder, die diese Arbeiter jahrelang zur Pensionskasse beigetragen haben, denselben zurückerstattet werden?
 3. Was geschieht mit den Schulbigen?
- Es darf allerdings wohl erwartet werden, daß den Arbeitern zum mindesten die in die Pensionskasse gezahlten Beträge zurückerstattet werden. Denn es wäre geradezu ungeheuerlich, wenn man zu einer Versicherungszugang wird und dann durch die Willkür eines Vorgesetzten einfach auf die Straße gesetzt wird und dadurch may allein seiner erworbenen Rechte verlustig geht, sondern obendrein noch auf das Geld verzichten muß, das man selbst eingezahlt hat. Das verbißt gegen die guten Sitten und muß unbedingt für unzulässig und ungesetlich erklärt werden.

Arbeiter als Schöffen. Am Schöffengericht in Peine sind zum ersten Male in diesem Jahre Arbeiter zu Schöffen ausgelost worden. In der Hauptsache sind es Holzwerksarbeiter, die in dieses Amt berufen worden sind. Was nun diesem Falle sein besonderes Gepräge ausdrückt, ist der Umstand, daß der Arbeitgeber, bei welchem jene Arbeiter beschäftigt sind, sich bereit erklärt hat, etwaige Schichtverräumnisse zu ersetzen, so daß Lohnverluste den Arbeitern nicht erwachsen.

Das Vorgehen dieses Arbeitgebers verdient unbedingt volle Anerkennung. Trotzdem kann es nicht als eine befriedigende Lösung der Frage angesehen werden. Nicht von der Gnade des Arbeitgebers darf es abhängen, ob Arbeiter das Amt als Schöffen ausüben können, sondern von Gesetzes wegen muß ihnen diese Möglichkeit gegeben werden. Deshalb muß immer und immer wieder die Forderung erhoben werden, daß der Staat Diäten an Schöffen und Geschworene bezahlt.

Einen recht nachahmenswerten Beschluß hat die Bürgerchaft in Hamburg gefaßt. Danach soll in allen Hamburger Staatschulen, sowohl für Knaben als auch für Mädchen, ein besonderes staatsbürgerlicher Unterricht eingeführt werden. Mit andern Worten: Es sollen die Kinder bereits in der Schule mit den staatsbürgerlichen Pflichten und Rechten vertraut gemacht werden, um der großen Unkenntnis auf diesem Gebiete damit ein für allemal ein Ende zu machen. In den Volksschulen soll dieser staatsbürgerliche Unterricht als besonderer Gegenstand in den Lehrplan eingeführt werden, in den höheren Schulen im Anschluß an die Geschichtsstunde. Sämtliche Parteien der Bürgerchaft waren einig über die Zweckmäßigkeit eines solchen Unterrichts, wenn auch die Motive, die ihre Stellungnahme veranlassen, wesentlich von einander abwichen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, und es darf erwartet werden, daß sowohl der Senat als auch die Oberstudienbehörde dem Beschluß ihre Zustimmung geben werden. Aufgabe der Lehrer wird es dann sein, dafür zu sorgen, daß mit der Lehre von der Politik nicht etwa die Politik selber in die Schulen hineingetragen wird.

Es wäre dringend zu wünschen, daß das in Hamburg gegebene Beispiel auch in andern Bundesstaaten weiteste Nachahmung findet.

Ein abschreckendes Urteil über Straßendemonstrationen fällt in der letzten Nummer der "Soz. Monatshefte" der sozialdemokratische Reichstagsabg. Heine. Er sagt nämlich:

Streitlich wäre es sehr töricht, wenn die Sozialdemokratie sich darüber täuschen wollte, daß ihre materiellen Nachmittel sehr gering sind, und daß namentlich keine Rede davon sein kann, durch eine kurze revolutionäre Aktion für Preußen das im Reiche geltende Wahlrecht zu erzwingen. Versuche dieser Art würden lediglich

der preussischen Reaktion angute kommen. Diese würde sie nur zu gern sehen, weil sie leicht niederschlagen und dann ihre Herrschaft um so mehr befestigen könnten. Die Sozialdemokratie weiß das viel zu gut und wird sich hüten, Wasser auf die Mühle der Schwarzmaier zu liefern. Selbst bloße revolutionäre Träumereien und Redensarten, die sie nähren könnten, sind vom Uebel, wie alles in der Politik, das verfeinert sein kann, was ist... Versammlungen, Resolutionen, selbst Stragen demonstationen mögen den Beteiligten für den Augenblick Lust und Mut erhöhen; die Herrschenden, die sich im Besitze unüberwindlicher materieller Machtmittel wissen, werden sich dadurch nicht um einen Zoll von ihrem Standpunkt abbringen lassen. Nicht auf die Herzen der Regierenden müssen wir zu wirken suchen, sondern auf die des Volks, und zwar aller Klassen des Volks.

Diese Ausführungen beden sich im wesentlichen mit unserer Auffassung. Bei den tonangebenden Radikalen wird „Genosse“ keine aber sicherlich keinen Resonanzboden damit finden.

Stadt und Land. Unter dieser Ueberschrift sucht die „Arbeiter-Zeitung“ höchst übersichtlich die ländlichen Arbeitgeber gegen die Organisationen der Arbeiter scharf zu machen. Zweck dieses Vorgehens ist, die ländlichen Arbeitgeber zu organisieren und die dadurch geschaffenen Organisationen mit den industriellen Unternehmerverbänden in engere Verbindung zu bringen. Um die Landwirte leichter zu fangen, werden erst einige Skroboildirnen gedrückt und wird auf den schweren Weitauss hingewiesen, den die Landwirtschaft mit der Industrie hat führen müssen und der ersterer schwere Wunden geschlagen hat. Aber nicht aus dem Gefühl des großmütigen Siegers heraus, sondern hauptsächlich in Berücksichtigung dessen, daß zum letzten Ende der einseitig des andere Part unerlässlich ist für die Förderung des nationalen Allgemeinwohls, das in den Beziehungen Stadt und Land besteht, und daß vor allem in Anbetracht der unternommenen Qualität beider Interessen sich wenigstens auf sozialem Gebiete identisch sind, lege die Industrie ihre Bereitschaft an den Tag, künftighin Hand in Hand mit der Landwirtschaft zu gehen. Es wird dann auf die Gefahr der Arbeiterbewegung überhaupt und der sozialdemokratischen speziell hingewiesen und den Landleuten geraten,

„sich ihrerseits der gleichen Verteidigungswaffen zu vergewissern, die das industrielle und gewerbliche Unternehmertum nun schon seit längerem mit Erfolg verwendet, d. h. sie müssen sich zu ländlichen Arbeitgebern vereinigen und zusammenschließen, um der Möglichkeit entgegenzutreten zu können, daß die Leute, die ihnen... die Arbeit verweigern, von ihren eigenen Berufsgeossen eingestellt werden. Desgleichen müssen sie Arbeitsnachweise einrichten, deren Benutzung für Arbeitgeber und Arbeiter obligatorisch ist.“

Aber mit der Bildung von ländlichen Arbeitgeberverbänden allein sei es nicht getan. Weiter notwendig sei eine Angliederung der ländlichen Unternehmerorganisationen an die industriellen, um einen Ausgleich der Arbeitskräfte jederzeit herbeiführen und sich bei großen Lohnbewegungen gegenseitig unterstützen zu können.

„Es ist ein Unbnd, daß Stadt und Land noch weiterhin argwöhnisch und feindselig einander gegenübersehen! Dar dieses gespannte Verhältnis ursprünglich das natürliche Ergebnis des wirtschaftlichen Interessenskampfes, so preigt die sozialpolitische Not der Zeit mit tausend Jungen den Beteiligten die Verpflichtung zu schleuniger Beilegung des tatsächlch längst gegenstandslos gewordenen Zwistes. Man komme uns nicht mit der Unüberbrückbarkeit der bestehenden Gegensätze zwischen Ackerbau und Industrie. Genß sind diese Gegensätze vorhanden. Aber sie sind bei einigem guten Willen, wenn auch nicht aus der Welt zu schaffen, so doch der Erziehung unterzuordnen, daß ihnen eine ebenso unbestreitbare Interessengemeinschaft zwischen den ländlichen und städtischen Arbeitgebern gegenübersteht, deren nachhaltige Befähigung schon aus patriotischen Rücksichten dringend geboten erscheint.“

Man sieht aus diesen Ausführungen, daß lediglich der Gegensatz zu den Arbeitern diese Ausführungen diktiert hat. Man begnügt sich auf Unternehmenseite nicht mehr mit der Bildung von Berufsvereinigungen und Zusammenschluß derselben zu großen Arbeitgeberverbänden, sondern man geht jetzt noch weiter, indem man selbst die so verschiedenartigen ländlichen und industriellen Unternehmer unter einen Hut zu bringen sucht. Kann es noch einen deutlicheren Hinweis geben für die Notwendigkeit der starken Organisation der Arbeiter und der Einigkeit der verschiedenen Organisationsrichtungen in der Arbeiterkraft? Wer sehen will, der muß erkennen, daß es dringend notwendig ist, gerade in der gegenwärtigen Zeit alle Differenzen hintanzurufen und vor allem daran zu denken, in Einigkeit die Interessen der Arbeiterkraft gegenüber dem sich stets enger koalierenden Unternehmertum zu wahren und alles aufzubieten, durch Organisation der Indifferenten die Macht der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern zu stärken.

Ein Arbeiterversicherungsgeß ist im Entwurf der russischen Duma vorgelegt worden, nachdem es bereits nach der Auflösung der ersten Duma von der

Regierung ausgearbeitet ist. Versicherungspflichtig sollen danach sein alle über 15 Jahre alten Arbeiter und Angestellten, welche in industriellen, handwerklichen und Handelsbetrieben beschäftigt werden und bis zu 1000 Rubel jährliches Einkommen haben. Ausgeschlossen von der Versicherung sind alle Arbeiter, welche in landwirtschaftlichen Betrieben tätig sind. Die Ausdehnung der Versicherung auf das häusliche Gefinde, sowie auf Personen, welche dauernd irgend ein Gewerbe betreiben, soll zugelassen werden. Die Beiträge zur Versicherung sollen zur Hälfte von den Arbeitgebern und den Versicherten bezahlt werden. Dafür soll bei dauernder Erwerbsunfähigkeit, die durch Unfall herbeigeführt worden ist, eine Lebensrente von 66 2/3 pCt. des Arbeitsdienstes gewährt werden, bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit eine zeitliche Rente. Zu den Renten trägt die Staatskasse einen monatlichen Zuschuß von 2 Rubel bei. Auch eine Altersrente soll gewährt werden und zwar bereits vom beginnenden 61. Lebensjahre ab, wenn der Versicherte mindestens 1000 Wochen Beiträge bezahlt hat. Dabei sollen Krankheitswochen sowie die Zeit der militärischen Leistungen als Versicherungswochen gerechnet werden. Den Mittelpunkt der Versicherung soll ein Hauptversicherungsomitee bilden, das als besondere Abteilung des Handelsministeriums errichtet wird. Ihm unterstehen Versicherungsomitees für einzelne Bezirke, deren Vorsitzende vom Minister ernannt werden.

Es sind dies die Hauptgesetze in Kraft tritt, ficherung. Ob und inwieweit der russischen Zustände läßt sich bei dem sagen.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1907.

Ortsverband Essen a. Ruhr.

Die Zeit rastet nicht; unaufhaltsam schreitet sie voran. Wer mit ihr Schritt halten will, darf nicht zögern und ängstlich bestette stehen. Wenn wir daher heutzutage den uns gebührenden Platz in der Arbeiterbewegung beibehalten und uns nicht von der einmal mühsam errungenen Position verdrängen lassen wollen, dann müssen wir mehr als bisher alle unsere Kräfte einsetzen. Wir haben uns im verfloßenen Jahre redlich bemüht, den Ortsverband in die Höhe zu bringen und das Interesse für ihn wachzurufen und haben auch erreicht, daß sich der Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter bemessen anholte. Dies darf uns aber nicht genügen. Es sind noch viele Ortsvereine zu gewinnen, woraus zunächst unser ganzes Sinnen und Trachten gerichtet sein muß. Deshalb, Kollegen, richten wir an Euch die dringende Bitte, uns im Kampfe für unsere gute Sache zu unterstützen, dann werdet auch Ihr mit Friedebigung auf Eure Arbeit zurückblicken können. Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden erledigt in 3 öffentlichen Versammlungen, 3 Ortsverbandesversammlungen, 9 Vertreter- und 4 Ausschußsitzungen. Diefelben waren immer beständig besucht. Nur über den mangelhaften Besuch der Vertreteritzungen hat sich der Vorstand zu beklagen; doch wird dieses bei gutem Willen sich in Zukunft wohl ändern. Also, Kollegen, nochmals, sagt Vertrauen zu dem von Euch ernannten Vorstande. Derselben wird keine Arbeit zu groß sein, wenn er die Mitglieder an seiner Seite weiß. Darum auf, zu frischer, fröhlicher Arbeit! Agitiere ein jeder, soviel es in seinen Kräften steht. Dann kann uns für die Zukunft nicht bange sein. Raslos muß zu vorwärts streben, Nie ernübdend stille stehen!

Sudwig Weichert, Ortsverbandessekretär.

Ortsverband Forst i. L.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 4 ordentlichen Vorstandssitzungen, 4 ordentlichen Verbandesversammlungen, 2 außerordentlichen Vorstandssitzungen, 1 außerordentlichen Ortsverbandesversammlung, 1 Kommissionsitzung und 1 kombinierter Vorstandssitzung. Vorträge wurden 3 gehalten. In der Ortsverbandesversammlung am 12. Februar sprach Kollege Otto Mellich über: „Erdbeden, deren Entstehung und Wirkung“. In der Ortsverbandesversammlung am 10. November sprach Kollege Carl Ebel über: „Arbeiterbewegung und kommunale Wahlen“. Der dritte Vortrag mit Lichtbildern wurde uns von der Gesellschaft für Verbreitung von Volkshilbung kostenlos zur Verfügung gestellt; Herr Hüttenberg-Berlin sprach über: „Ein Besuch im alten Babylon“. Einen Ausflug unternahm der Ortsverband am 5. Mai nach Euben. Am Agitationsfest, welches am 9. Juni in Sommerfeld stattfand, beteiligten sich zitta 200 Mitglieder. Das 25 jährige Stiftungsfest beging der Verband am 7. September unter Beteiligung der Ortsverbände von Rothbus, Euben und Sommerfeld. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Verband ein Diplom vom Ortsverband Sommerfeld zum Andenken an das fest überreicht. Dem Ortsverbande beigetreten ist am 1. Juli der Ortsverein der Deutschen Kaufleute mit 30 Mitgliedern. Mitbin umfaßt der Verband 7 Vereine mit 722 Mitgliedern. Die Versammlungen waren im verfloßenen Jahre nur mäßig besucht, doch steht zu erwarten, daß die Mitglieder im neuen Jahre ein regeres Interesse einfallen.

Ortsverband Liegnitz.

Im vergangenen Jahre hatte der Ortsverband reiche Arbeit zu erledigen. Es wurden 4 Verbandesversammlungen, 8 Vertreteritzungen und eine kombinierte Sitzung abgehalten. Leider hatte die Ortsverbandesleitung öfters über schlechten Versammlungsbefuch zu klagen. Auch die Kollektivität wurde zwischen den einzelnen Ortsvereinen nicht immer richtig gepflegt. Am 17. März fand in Haynau eine Be-

ratkonferenz statt zur Vorbereitung der Anträge zum Verbandstage. Als unser Vertreter nahm Kollege Seibt daran teil. Am 15. April hielt Herr Redakteur Braumann einen Vortrag über: „Bleignitz in der Franzosenzeit“. Vom Kollegen Renner wurde in 3 Verbandesversammlungen über die Beschlüsse des Verbandstages Bericht erstattet. Auch die gegnerischen Versammlungen wurden von den Ortsverbandesmitgliedern regelmäßig besucht. Namentlich über die Zusammenstöße mit dem Herrn Dittrich vom Holzarbeiterverbande ist im „Gewerkschein“ mehrfach berichtet worden. Auch andere interessante Versammlungen wurden besucht. Im Oktober wurde ein Diskussionsstud ins Leben gerufen, um den Altallebern Gelegenheit zu geben, sich besser auszubilden. Von den vorgeschrittenen Kollegen wurde diese Anregung mit Freuden begrüßt und die Sitzungen regelmäßig besucht. Leider trat mehrfach ein Wechsel in den Vorstandsmännern ein, was nicht immer im Interesse der Organisation liegt. Der Mitgliederzuwachs im Laufe des Jahres hätte besser sein können. Daran trägt schon großer Mut dazu, sich angesichts des geübten Terrorismus als Gewerkschafter zu betennen. Das muß aber gesehen, und mer die Geschichte unserer Dra... Jahr 1908 dem Ortsverbande einwandschriftlich mitgebracht werden.

Ortsverband Königsberg i. Pr.

Das Jahr unserer anstrengenden Arbeit ist wieder ein Jahr, und als treue Gewerkschafter wollen wir es nicht unterlassen, einen Rückblick auf das Jahr 1907 zu werfen. Die geschäftlichen Angelegenheiten wurden in 11 Ausschußsitzungen, 1 kombinierter Sitzung und 8 Verbandesversammlungen erledigt. Am 10. März nahmen wir Stellung zu den Anträgen zum Verbandstage. In der 2. Verbandesversammlung am 15. September gab uns Kollege E. Vorrath-Ebing einen Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages. Kollege Mroczkowski-Danzig referierte über das Thema: Wie fördern wir unsere Agitation? Herr E. Vorrath sprach außerdem am 10. November in unserer 3. Verbandesversammlung über das neue Einkommensteuergeß und seine Härten für den Arbeiter, mit besonderer Berücksichtigung des § 23.

Der Streik der Fabrikarbeiter, welcher von den Sozialdemokraten zwecks Ausperrung unserer Mitglieder vom Zaune gebrochen wurde, hat für jene Herren keinen Erfolg gebracht. Die von der Kaufmannschaft gestellten Bedingungen, daß die Arbeiter mit unseren Mitgliedern resp. nichtorganisierten Arbeitern in Frieden zusammenarbeiten sollten, wurden angenommen. An den Gewerkschaftswahlen haben wir uns nicht beteiligt, da dies angesichts der örtlichen Verhältnisse aussichtslos erschien. Wir hoffen, daß das neue Jahr uns weiter gute Erfolge bringt und daß die Beschlüsse des 16. Verbandstages der Gesamtorganisation zum Segen gereichen.

Ortsverband Wilhelmshaven.

Der Ortsverband hielt im verfloßenen Jahre 6 Ausschuß- und Vertreteritzungen, sowie 1 kombinierte Sitzung und 8 Ortsverbandesversammlungen ab. Ueber Vorträge ist zu berichten, daß zwei vom Kollegen Bauer gehalten wurden über die Entwicklung der Gewerksvereine und Reiseerlebnisse. Bei der hiesigen Ausperrung der Schneider waren auch 14 Kollegen vom Ortsverein der Schneider beteiligt. Die ortsübliche Unternehmung wurde 6 durchreisenden Verbandesgeossen gewährt. Um die Festigkeit und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder zu fördern, wurden ein Stiftungsfest und eine Weihnachtsfeier mit Besprechung für Kinder veranstaltet. Beide Feste nahmen einen vorzüglichen Verlauf. Im allgemeinen aber wurde gefestigt, daß die Mitglieder im Besuche der Versammlungen recht lau sind. Troßdem herrscht ein frischer Zug in unserem Ortsverband, und wir hoffen, daß das neue Jahr uns ein gutes Bild vorwärtsbringen wird.

Friedr. Brandt, Ortsverbandessekretär.

Ortsverband Bismar.

Der Ortsverband zählt 3 Ortsvereine mit 125 Mitgliedern und erledigte seine Geschäfte in 4 ordentlichen und 3 außerordentlichen Versammlungen, sowie 6 Ausschußsitzungen, davon 2 kombinierte. Es war ein bewegtes Vereinsjahr und die Beteiligung an den Versammlungen zufriedenstellend. Am Streik auf der hiesigen Waggonfabrik waren unsere Mitglieder stark beteiligt, und haben wir unsere Lehren für ein ferneres Zusammengehen mit den „freien“ Gewerkschaften heraus gezogen. Zu einem Vortrage über Arbeiter- und Arbeitnehmerorganisationen war Kollege Wolf-Eletten gewonnen worden. Ein außerordentlich gut verlaufenes Stiftungsfest förderte den Zusammenhang der einzelnen Ortsvereine und diente zur Agitation. Ein Antrag auf Einführung der Verhältniswahl zum Gewerbegericht war unsererseits zu spät in Aussicht genommen, doch hoffen wir das Verfaumte durch rechtzeitige Vorbereitung und Abhalten einer öffentlichen Versammlung nächsten anders zu gestalten. Wir hoffen, daß das neue Jahr sich erfolgreich und nupbringend für uns gestalten wird. Wir werden jedenfalls unsere Schuldbiligkeit tun.

A. Blüchahn, Schriftführer.

Gewerkevereins-Teil.

§ Altenburg. Eine großartig verlaufene Mitgliederversammlung hielt der Ortsverband am 18. Januar ab. Als Referent war für diesen Abend Herr Rechtsanwalt Dr. Höfer gewonnen worden, welcher über den Reichsgewerkevereins-Gesetzentwurf sprach. In leicht verständlicher Weise erläuterte er den Berwegung der Vereinsgeße von alters her, freierte das Reichsgewerkegesetz und unterzog den Reichsgewerkevereins-Gesetzentwurf einer strengen Kritik. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen sehr lebhaft, und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 18. Januar vom Ortsverband der Deutschen Gewerke-

Verbands-Teil.

* Aufforderung.

Bei den Berufsvereinigungen der Unfallversicherung in Berlin hat sich eine Verschleppungsprovisonsondergelegenheit in der Bemessung von Renten herausgebildet. Wir möchten in unserem Jahresbericht diesbezügliches genaues Material der Öffentlichkeit unterbreiten und bitten deshalb Unfallverletzte, die vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit ab mehr als zwei Monate auf die Festsetzung ihrer Rente gewartet haben, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Der geschäftsführende Ausschuss.
J. A. A. Erkelenz.

über eingefandte Beiträge für die Verbands- und Organafte pro 4. Quartal 1907.

Bauhauwerter: Generalrat M. 462,88. **Bergarbeiter:** Generalrat 282,78. **Waldarbeiter:** Generalrat 112,12. **Zigarren- und Tabakarbeiter:** Generalrat 660,22. **Deutsche Frauen:** Generalrat 123,—. **Fabrikanten-Handarbeiter:** Generalrat 1835,84. **Kürstlermalde:** 1,66. **Eleganz:** 1,95. **Graphische Berufe:** Generalrat 262,68. **Kaufleute:** Generalrat 1535,11. **Konditionen:** Generalrat 92,40. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Generalrat 7045,12. **Aachen 3,96.** **Altenburg 5,20.** **Berlin II 31,68.** **Berlin VIII 0,65.** **Eulau 6,50.** **Gumbinnen 3,25.** **Stettin 13,—.** **Wetter 13,15.** **Jalense 1,95.** **Schneider:** Generalrat 518,13. **Berlin II 1,80.** **Siegen 0,83.** **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Generalrat 644,80. **Stuhl-arbeiter:** Generalrat 605,47. **Reißen 1,30.** **Tischler:** Generalrat 717,80. **Löcher:** Generalrat 413,16. **Zelbständige Ortsvereine:** **Brauer Braunschweig 8,84.** **Brauer Dresden 32,76.** **Brauer Stettin 12,80.** **Kellner Berlin 16,45.** **Selbständige Berufe Potsdam 51,14.** **Steinarbeiter Profen 32,72.** **Ortsverbände:** **Charlottenburg 6,53.** **Hermesdorf-Rußhof 1,30.** **Privat:** **Belinberg-Berlin 0,65.** **Disfuterklub NW 5,81.** **Dümann-Berlin 0,88.** **Schaller-Berlin 0,83.** **Märzisches Volksblatt 6,68.** **Quaßhoff-Waig 2,60.** **Einzelnummern 1,15.** **Dabrud-Niddorf 0,85.** **Gesamta 15 634,83 Marf.**

Inferate: 31,99 Mf.
Verkaufte Druckfagen: 408,60 Mf.
Berlin, im Januar 1908.

R. Klein, Verbandskassierer.

Brandenburgisch-Niederbairischer Ausbreitungs-Verband

Vorort Spremberg.
Protokoll der ordentlichen Sitzung des Vorstandes. Abgehalten am 15. Januar 1908, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von A. Söhnchen, Kirchplatz 1.
Anwesend ist der gesamte Vorstand. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Kollegen Reugebauer, wurde die reichhaltige Korrespondenz verlesen und erledigt. Dem Ortsverein der Tischler Jangels wurde auf Antrag ein Redner gestellt zu einer Versammlung am 18. Januar. Mit der Ausführung wurde Kollege Matthiaß betraut. Ferner wurde von einem Schreiben des geschäftsführenden Ausschusses dankend Kenntnis genommen und den Kollegen Reugebauer, Matthiaß und Hippelst die Erledigung übertragen. Einen Agitationsbericht gab Kollege Matthiaß von einer heretis erledigten Agitationsstour im Niederlausitzer Braunfoblenrevier, welche, wenn auch langsamen, aber doch sicheren Erfolg verspricht. Die Abhaltung der Konferenz mit Vertrauensmännern des Ausbreitungsverbandes von Schellen wurde auf den 16. Februar, vormittags 11 Uhr, in Körlig festgelegt, das Lokal wird später bekannt gegeben. Nach Erledigung einiger weiteren wichtigen Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Sitzung um 10 1/2 Uhr.
B. Matthiaß, Sekretär.

Versammlungen.

Berlin. Disfuterklub der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.). Verbandslokal des Deutschen Gewerkschaften, NO., Greifswalderstr. 221/223. Sitzung jeden Mittwoch, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Lewin: „Aus dem Programm der politischen Parteien“. Gäste herzlich willkommen. — **Sängerchor der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 8—11 Uhr, Übungsstunde im Verbandslokal der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Disfuterklub Moabit.**

vereine (S.-D.) zu Altenburg zahlreich besuchte Mitglieder-versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Herrn Rechtsanwalt Dr. Höfer, voll und ganz einverstanden. Diese Ausführungen gehen dahin, daß das Reichsgewerkschaftsgesetz in seiner jetzigen Fassung für die Arbeiter unannehmbar ist. Die Versammlung hofft daher, daß der Vertreter des Reichstagswahlkreises abg. Schein, Kommerzienrat E. Schmidt an der Umgestaltung des Reichsgewerkschaftsgesetzes in vollständige-freiheitliche Sinne wirkt und ganz entschieden jede beengende Forderung abwehren hilft. In seinem Schlusswort forderte Herr Dr. Höfer die Mitglieder auf, fest und treu zu ihrer Organisation zu stehen und zu werden, wo es irgend möglich ist. In seinem Vortrag habe er schon bewiesen und es lehre auch die Geschichte, daß der einzelne nichts vermag. Den besten Beweis liefern die Maratier. Hätten diese sich nicht fest zusammengeschlossen, hätten sie nicht den Vorkrieg bekommen. Arbeiter, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Organisation entbehren zu können glauben, sind nicht mit der Zeit fortgeschritten, sie sind also Reaktionsäre in der Arbeiterbewegung. Ein jeder sei tätig, denn er ist es nur für sich. Herrn Dr. Höfer besten Dank.
D. Fischer, Schriftführer.

Berlin. Die Sanbehilfsarbeiter-Vereinigung nahm in ihrer am 15. Januar stattgehabten Generalversammlung den Verwaltungsbericht über das erste Geschäftsjahr zur Kenntnis. Die Vorstandswahlen zeitigten folgendes Resultat: Gilbert 1., Blantfeldt 2. Vorsitzender; Schulz I 1., Schmelung 2. Kassierer; Fr. Benrat 1., Schulz II 2. Schriftführer; Neuenhof und Hoffmann Beisitzer, Müll und von Schipinski Revisoren. Zwei das Statut ergänzende, auf das Unterstufungsreglement bezügliche Anträge fanden einstimmige Annahme. Einer Anregung zum freiwilligen Abonnement auf den „Gewerkschaften“ wurde von einer Anzahl Kollegen Folge geleistet. Eine längere Debatte führte die vom Zentralrat einberufene Konferenz herbei. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die mangelhafte Vertretung der selbständigen Ortsvereine kritisiert wurde.

Kärnberg. Am 20. d. M. fand hier eine öffentliche Versammlung des Ortsverbandes der Deutschen Gewerkschaften statt, in welcher der Arbeitersekretär Barnhoff das Programm der Deutschen Gewerkschaften entwickelte und begründete. Dem sehr lehrreichen und mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag war zu entnehmen, daß die hiesigen Dunderschen Gewerkschaften auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung das Wohl und die soziale Hebung des Arbeiterstandes bezwecken. Gleich weit von religiösen wie von parteipolitischen Zielen entfernt, bieten sie den Angehörigen aller aus freihetlichem Boden stehenden Parteien geeignete Gelegenheiten, alle Forderungen der Gewerkschaftsbewegung durch persönliche Mitwirkung zu unterstützen.

An die interessanten Ausführungen knüpfte sich eine lebhaft Diskussion. Gemeindevorstandmitglied Mirsberger hob als Mitglied der Deutschen Volkspartei hervor, daß seine Partei auf dem Boden stehe, wie ihn der Referent von jedem wahren Volkstribun verlangt hätte. Herr Lehner blüht vom Nationalsozialen Verein billigte ebenfalls den dargelegten Standpunkt des Referenten und sprach seine Freude aus über die klare Stellungnahme gegen die gelben Gewerkschaften und die beständige einen Stillstand unserer sozialen Gesetzgebung. Der jungliberale Parteisekretär Haeffern betonte, daß eigentlich jede politische Partei an der Hebung der Lage des Arbeiterstandes ein Interesse haben müßte, freilich die politische Lage, wie auch das Wesen der gelben Gewerkschaften, an deren Besehen der Liberalismus kein Interesse habe und auch keine Schuld trüge. Kollege Kropmann vom Verein Deutscher Kaufleute wünschte, daß jeder Gewerkschaftler außerhalb seiner Organisation sich mehr politisch betätigen solle und müsse, und zwar da, wo er seiner Ueberzeugung nach hingehöre. Innerhalb der Gewerkschaften selbst sei, wie schon erwähnt, jede Politik ausgeschlossen. Gemeindevorstandmitglied Kollege Käfer erklärte die teilweise Indifferenz an politischen Dingen, bedauerte das oft mangelhafte Verhältniß, das man in manchen Kreisen gegenüber der Gewerkschaftsbewegung zeige, und brachte erscheinende Beweise für die Unzulänglichkeit der „freien“ Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Nachdem noch der Gewerkschaftssekretär, Kollege Reuthen, an die Vertreter der einzelnen Parteien um Unterstützung der Gewerkschaften appelliert und die Gewerkschaften auf eine regere politische Tätigkeit aufgefordert hatte, wurde mit einem kurzen Schlusswort des Referenten die anregende Versammlung geschlossen. —sm—

Jeden Freitag, ab 8 1/2 Uhr. Sitzung im Moabit Verbandslokal, Waldstraße 58. Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend 25. Januar. Maschinenbau- und Metallarbeiter 1.** Abds. 8 1/2 Uhr bei Meißner, Bergstraße 69. Vortrag des Herrn Kuppel: „Die Ursachen der sozialen Noth“. Regulatorport. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter 2.** Abends 8 1/2 Uhr, Kottbuserstr. 4a. Vortrag mit Lichtbildern des Herrn Ingenieur Forstke über: „Bergwerksmaschinen“. Wahl des Delegierten zum Delegierten-tag. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter 3.** Abds. 8 1/2 Uhr, Musauerstr. 55. (Ede Zeughoffstr., bei 4. Reichelstr., Ortsober). — **Waldhauer.** Montag, 27. Januar, abends 9 Uhr bei Preuß, Dresdenerstr. 10.

Orts- und Regionalverbände.

Berne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bülly-Schulte-Mattler, Disfuterklub. — **Nachen (Disfuterklub).** Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Ballert, Jägerhof. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hillmanns Hotel, Poolstraße, Disfuterklub. — **Spandau (Disfuterklub der Deutschen Gewerkschaften, S.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Selkenkirchen (Sängerchor der Deutschen Gewerkschaften).** Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe, im Verkehrslokal Pieper (früher Uerich), Schäfer- und Florastrassen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — **(Disfuterklub).** Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Behle, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — **Dresden (Disfuterklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandlerbräu, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Kiegnitz (Disfuterklub).** Die Sitzungen finden jede Woche Donnerstags, abends 8 1/2 Uhr, im „Prinz von Preußen“ statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg (Disfuterklub).** Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vormittags von 10—12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. — **Gagen und Umgegend (Disfuterklub).** Jetzt jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstr.-Ecke. — **Nachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat (11 Uhr) Vertreterleistung in Aachen, Jülicherstr. 72, Restaurant „Zur Post“. — **Köln (Disfuterklub).** Sitzung jeden Donnerstags, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Effergasse. — **Oberschöneweide (Disfuterklub).** Sitzung alle 14 Tage Mittwoch bei Steiner, Wilhelmminenhofstr. 14. Nächste Sitzung am 29. Januar, abends 8 Uhr. Vortrag: „Der gewerbliche Arbeitsvertrag“. — **Sannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 2. Februar, vorm. 10 Uhr, Aufschußsitzung im Verbandslokal Königswort.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Berlin (Maschinenbau u. Metallarb. V.). G. Fröhlich, Kassierer, vom 1. April ab: Reichsbergerstraße 55, v. III.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.
Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.
Aus der Urgeschichte der Menschen. Von E. Gansberg. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. **Vergleichende soziale Literatur.** Eine systematische Zusammenstellung und Beurteilung der wichtigsten sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Schriften. Herausgegeben und verlegt von der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in M.-Gladbach.
Der Beruf des praktischen Volkswirts. Von Hermann Edwin Kruge. Verlag von Dunder & Humblot in Leipzig.
Die Vorbildung für den Beruf der volkswirtschaftlichen Fachbeamten. Materialien und Entwürfe. Karl Heymanns Verlag in Berlin.
Verfahren vor dem Berggewerbegericht. Verwaltungsmagazin für Bergbau und Hütten. Von einem Juristen. Verlag des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.
Die Entwicklung der sozialen Frage. Von Prof. Dr. Ferd. Tönnies. Sammlung Böschers. Preis geb. 80 Pfg.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Frauen-Gräbniskasse
des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder).
Generalversammlung am 23. Februar 1908, vorm. 9 1/2 Uhr, in Berlin, Greifswalderstr. 221/23, im Verbandslokal.
Tagesordnung:
Wahl des Bureau.
Bericht der Hauptrevisoren.
Wahl des Vorstandes und der Gesammänner.
Wahl der Revisoren und der Gesammänner.
Wahl des Sachverständigen.
Wahl des Obmanns und dessen Stellvertreter für das Schiedsgericht.
Beratung und Beschlußfassung der eingegangenen Anträge.
Satz § 28 Absatz 2 werden die weiblichen Mitglieder durch ihre Gemänner, Mütter und Brüder, oder von einem anderen Gewerkschaftsmittglied vertreten, und werden letztere hierdurch eingeladen.
I. Gerold, R. Klein, G. Hirsch,
I. Vorsitzender, Hauptkassierer, Hauptgeschäftsführer.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1907
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsmitglieder und Vereinsbibliotheken
3,50, sonst 6 Mark
bei vorheriger Einsetzung des Betrages.
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Hohen Nebenverdienst
kann sich jeder techn. u. kaufmänn. Angestellte auf vornehme, durchaus nicht amtsdienliche Weise erwerben. J. Emil Andrae, Potsdam 41.
Nachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Reiseunterstützung im Arbeitersekretariat Nachen, Kollbertsfeinweg 71.
Om. Fachwissen
im Hoch- u. Tiefbau, Bergbau, Maschinenbau, in der Bau-, Kunst- und Möbelleisterei, Kunst- u. Bauschlosserei, Gleisertechnik, Lokomotivführung, Elektrotechnik, Installation, in Stukatur- u. Steinmetzberuf erlangt man durch d. Selbstunterrichts-System Kern-Praktisch. Gleis- u. Bauschlosserei, ab. je nach Vertriebsort. Prospekt u. Anerkennungschein gr. u. Sonness & Nachfeld, Potsdam L.